



Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**DIE LINKE.**

# BürgerInnenbrief

11. Februar 2020

Wählen gehen! +++ Paulihaus +++ Mietendeckel Berlin/Hamburg +++ Polizei & Politik +++ Verkehrswende

## Liebe Leserinnen und Leser,



www.die-linke-hamburg.de

Mitte Dezember 2019 noch über eine NDR-Umfrage gejubelt, bei der DIE LINKE auf 13,7% gekommen wäre, liegt sie jetzt bei mageren 8,0%. Sicherlich nicht deswegen, weil unsere Arbeit in den letzten Wochen so schlecht geworden ist, sondern vielmehr wegen des geschickt von SPD und GRÜNEN inszenierten ElefantInnenrennens um den Posten als Erste Bürgermeisterin und damit die Senatsführung. Bei einem absehbaren gut 60%igen Stimmenanteil für die herrschende Koalition aus SPD und GRÜNEN wäre eine stärkere linke Opposition gerade wichtig. Klar, dass wir das so sehen. Nur schade, dass viele glauben, sie müssten jetzt das vermeintlich »kleinere Übel« wählen, indem sie widerwillig für bzw. gegen Peter Tschentscher oder Katharina Fegebank stimmen, statt sich für eine soziale und solidarische Politik zu entscheiden.

So viel gäbe es nach fünf Jahren parlamentarischen und – das ist unser Credo – außerparlamentarischen Engagements anzumerken, ja, auch durchaus kritisch zu bilanzieren: Die Kämpfe inner- und außerhalb der Bürgerschaft um soziale Verbesserungen vor allem für die Menschen mit kleinerem Portemonnaie, um eine andere Bildungs- und Gesundheitspolitik, um eine Wende in Richtung Sozialwohnungsbau und Mietendeckel, gegen Rassismus und immer unverschämteres Auftreten von rechtsnationalistischen Kräften, gegen einen Staat mit immer mehr (unkontrollierter) Macht für Polizei und »Verfassungsschutz« und vieles mehr.

Egal, wie viele Stimmen die LINKE am 23. Februar einfährt, sie wird parlamentarisch und außerparlamentarisch weiter aktiv dabei sein. Sei es bei der Sammlung von Unterschriften für die Volksinitiative »Keine Profite mit Boden & Miete«, für die Aufnahme von syrischen Kriegsflüchtlingen aus Griechenland, für den europäischen Housing (First) Action Day am 28. März und den Ostermarsch am 13. April gegen immer neue Auslandseinsätze der Bundeswehr und für Frieden und Abrüstung. Selbstverständlich wird die LINKE auch auf der Demo gegen die Klimakatastrophe am 21. Februar dabei sein.

Die Bilanz nach fünf Jahren heißt für uns auch, auf insgesamt 44 »BürgerInnenbriefe« seit Februar 2015 zurückzublicken. Auf gut 800 Seiten, auf denen wir – und viele andere WeggefährtInnen aus den Hamburger Initiativen – auf Fehlentwicklungen, politische Alternativen und anstehende Termine, aber natürlich auch auf unsere parlamentarischen Bemühungen hingewiesen haben. Diese 45. Ausgabe ist nun auch die letzte, in der Christiane Schneider als Mitherausgeberin fungiert. Sie tritt nicht wieder zur Bürgerschaftswahl an. Und wie es mit dem »BürgerInnenbrief« weitergeht, das werden wir uns nach dem 23. Februar überlegen.

Herausgeberinnen und Redaktion

# Paulihaus – Kieztrojaner oder netter Nachbar?

Von der Initiative St. Pauli Code jetzt!



Infoveranstaltung im November 2019 (Foto: Initiative »St. Pauli Code jetzt«)

## Vorgeschichte

Rindermarkthalle und Esso-Häuser, das sind nur zwei der stadtpolitischen Konflikte der letzten Jahre, die auf St. Pauli für viel Öffentlichkeit und Widerstand gesorgt haben. Bei dem einen wollte die Stadt eine Music Hall bauen, die sich niemand wirklich gewünscht hat, bei dem anderen kaufte ein milliarden-schwerer Investor das Nachkriegsensemble, wollte es abreißen und hochpreisig neu bebauen. In beiden Konflikten gab es eine breite Mobilisierung und die Nachbarschaft brachte sich konstruktiv mittels einer Wunschproduktion in die Neuplanung mit ein. Bei der Rindermarkthalle wurde ein kleiner Teil der Wünsche durch Edeka Nord als Nahversorgungszentrum umgesetzt. Bei den Esso-Häusern wurde sich die PlanBude erkämpft, die dann einen durch den Bezirk beauftragten, breit angelegten Beteiligungsprozess entwickelte und umsetzte. Das Ergebnis dieser vorbildhaften und wahrhaftigen Partizipation des Stadtteils an der Neubebauung des Esso-Areals ist der sogenannte St. Pauli Code.

Günstig statt teuer, Alt vor neu, Unterschiedlichkeit statt Homogenität, Raum und Toleranz für alles, was von der Norm abweicht, Selber machen statt Konsummeile, Schmuddeliger Glamour statt Hochglanzfassaden, so lauten die zusammengefassten Wünsche des Stadtteils. Alle Beteiligten waren so begeistert, dass der damalige Bezirksamtsleiter Andy Grote und Baudezernent Bodo Hafke auf einer öffentlichen Veranstaltung 2015 diesen St. Pauli Code nun zur »verbindlichen Vorgabe« für alle weiteren großen Bauvorhaben auf St. Pauli erklärten.

Nun hätte man die Hoffnung haben können, dass Bezirk, Politik und auch Investoren etwas aus diesen vergangenen Auseinandersetzungen gelernt hätten und in Zukunft tatsächlich für und mit dem Stadtteil diskutiert und geplant werden würde. Allein, es kam (mal wieder) anders.

## Aus »build in St. Pauli« wird »Paulihaus«

Aktuell gibt es Planungen für einen Bürokomplex am Neuen Pferdemarkt. »Paulihaus«, so der wohlfeil klingende Name des geplanten sechsstöckigen Neubaus. Schaut man auf die Webseite der Projektentwickler\_innen, wird mit einem netten Nachbarn geworben. Drei Unternehmen aus dem Viertel entwickeln ein Projekt für das Viertel. Begonnen haben die Planungen schon im September 2015, als die steg (ehemals eine städtische Stadtentwicklungsgesellschaft zur Betreuung von Sanierungsgebieten, seit 2003 aber eine private Firma und seit kurzem zunehmend als Projektentwickler tätig) mit der Idee einer »Randbebauung Budapester Straße« die Zustimmung im Stadtteil zaghaft testen wollte. Es gab eine schwach besuchte Infoveranstaltung im Haus der Familie, von der der Stadtteil kaum etwas mitbekommen hatte, dann hörte man anderthalb Jahre nichts mehr. 2017 tauchten erste Infoflyer zum Projekt »built-in-St. Pauli« auf. Die drei Firmen, die dieses Projekt umsetzen wollten, sind die steg Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH, Hamburg Team Gesellschaft für Projektentwicklung mbH und ARGUS Stadt und Verkehr Partnerschaft mbB.

Was folgte, war eine dreitägige Infoveranstaltung in Pavilions vor der Rindermarkthalle. Diese wurden dann gleich zur Planungswerkstatt hochstilisiert, allerdings sind die Meinungen zu dem Projekt, die dort gesammelt wurden, offenbar alle verschwunden. Dann ein städtebaulicher Wettbewerb unter eigener Regie und die wie ein Privat-Event konzipierte Ausstellung der Entwürfe mit Einlass-Kontrolle an der Tür, Fotoverbot und der Notwendigkeit, eine Verschwiegenheitserklärung zu unterschreiben, wenn sich Anwohner\_innen die Pläne anschauen wollten.

Das muss wohl die frühzeitige Transparenz sein, von der die steg und ihre Partner\_innen jetzt so vollmundig sprechen. Im März 2019 wird dann aus »build in St. Pauli« das »Paulihaus«, das im gleichen Zug plötzlich doppelt so groß und ein Stockwerk höher geworden ist. Auch ist nun die Werbefirma Pahnke Markenmacherei mit im Boot. Deren Rolle ist interessant. In den ersten Planungen war sie noch nicht Teil des Firmenkonsortiums, nun spielt sie eine entscheidende Rolle bei der Grundstücksvergabe. So wie es scheint, kamen die Planungen der drei ursprünglichen Partner ins Stocken, da sie nicht so ohne weiteres an das städtische Grundstück rankamen. Mittels Pahnke wurde ein Wirtschaftsförderungsfall konstruiert. Erst dies ermöglichte es dem Firmenkonsortium, das Grundstück als Direktvergabe, d.h. ohne öffentliche Ausschreibung von der Stadt zur Verfügung gestellt zu bekommen. Die Drohung, dass die Werbefirma sonst nach Berlin abwandern würde, war für die Entscheider\_innen der Hamburg Invest als Wirtschaftsförderung ausreichend. Geprüft wurde dies nie. Alternativstandorte hat man nicht protokolliert. Die Ergebnisse und die Entscheidungsfindung von Hamburg Invest sind nicht einsehbar. Da ist sie wieder, die vollmundig propagierte Transparenz.

### **Das Viertel organisiert sich – St. Pauli Code jetzt!**

Lange Zeit liefen die Planungen für die Neubebauung des Grundstücks ohne große Öffentlichkeit. Dies ist seit September 2019 anders. Aktive aus dem Stadtteil luden gemeinsam mit der Betreiberin des indischen Restaurants Maharaja zu einer Nachbarschaftsversammlung ein. Gekommen sind fast 100 Menschen. Sie gründeten eine Initiative, die sich später den Namen »St. Pauli Code jetzt!« gab und damit die Politik an ihr Versprechen aus dem PlanBuden-Prozess erinnert. Und seitdem wird nachgefragt, aufgedeckt, Unterschriften gesammelt, eine Infoveranstaltung durchgeführt, Aktionen geplant, eine eigene Nachrichtensendung entwickelt und vor allem Licht ins dunkle Gemäusel rund um die Planungen zum »Paulihaus« gebracht. Und Licht kann es hier gar nicht genug geben.

### **Paulihaus – partizipative, transparente Stadtplanung geht irgendwie anders**

Zwar sind die Projektverantwortlichen und auch Politiker\_innen immer wieder bemüht, den Eindruck zu erwecken, dass dieses Projekt von Anfang an transparent und unter Beteiligung der Öffentlichkeit geplant wurde. Doch die Realität sieht leider wie so oft anders aus. Denn dieses Projekt wirft viel mehr Fragen auf, als es Antworten gibt. Und so haben der

Stadtteilbeirat Sternschanze und die Quartiersbeiräte Karolinentviertel und Wohlwillstraße – wohlgernekt offizielle, von der Stadt eingesetzte Beteiligungsgremien – bereits im Jahr 2017, aber nun erneut im Herbst 2019 das Projekt abgelehnt bzw. die fehlende öffentliche Diskussion bemängelt und dringend eine öffentliche Infoveranstaltung mit neutraler Moderation eingefordert. Reaktionen darauf gab es keine. Es oblag der Initiative »St. Pauli Code jetzt!«, im November 2019 selbst eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zu organisieren. Dass der Bedarf danach groß ist, zeigten die über 200 Anwesenden im Ballsaal des FC St. Pauli. Diese lehnten nach ausführlicher Debatte dann auch das Projekt in einer Resolution ab und forderten einen sofortigen Stopp der Planungen sowie einen ergebnisoffenen Dialog unter echter Beteiligung der Öffentlichkeit.

Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung machen jedoch genau das Gegenteil. Die Baugenehmigung wurde mal eben zwischen den Feiertagen, direkt nach Weihnachten, am 27. Dezember 2019 erlassen, obwohl noch zwei Werkzeuge zuvor laut Kleiner Anfrage keine genauen Angaben gemacht werden konnten, wann mit der Baugenehmigung zu rechnen ist. Ein Schelm, wer hierbei von Trickserei ausgeht. Die Politik gesteht inzwischen ein, dass es an der einen oder anderen Stelle mehr Information hätte geben sollen, aber grundsätzlich sei der Ablauf des Projekts rechtmäßig und der Neubau zu begrüßen. Die Frage ist nur, was hat der Stadtteil von dem Büroklotz? Deshalb wird der Widerstand gegen die Neubauplanung immer größer. Bereits über 10.000 Unterschriften sind im Maharaja einsehbar, und auch auf rechtlicher Ebene scheint die Sache noch nicht geklärt. Denn die Stadt bzw. der Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) unternimmt gerade den Versuch, die Betreiberin des Maharaja vorzeitig aus dem Pachtvertrag zu kündigen, um möglichst schnell die Gebäude am Neuen Pferdemarkt abreißen zu können. Dieser Sonderkündigung sieht der Richter eher kritisch. Die Urteilsverkündung ist am 25. Februar 2020. Es bleibt also weiterhin spannend.

Schon lange geht es bei den Aktiven der Initiative »St. Pauli Code jetzt!« nicht mehr nur um dieses konkrete Grundstück. Es geht um Stadtentwicklung generell, es geht um Demokratie und Mitbestimmung, es geht darum, wie sich Stadtteile entwickeln und wer darin was entscheiden darf und vor allem wessen Interessen beachtet werden. Und es geht darum, wie die Stadt bzw. der LIG Grundstücke vergibt und wie transparent diese Vergabe ist.

In unmittelbarer Nähe zur Rindermarkthalle stehen schon nächste, sehr bedenkliche Entwicklungen an. Gerüchtweise soll das Hotel Pacific verschwinden und auch an der Ecke Wohlwillstraße/Neuer Pferdemarkt gibt es Abrissbegehrligkeiten von Investoren. Das Kühlhaus am Fleischgroßmarkt ist schon platt gemacht worden. Was dort entstehen soll, scheint ein weiteres Geheimnis.

All dem wollen Aktive im Stadtteil nicht tatenlos zusehen, sondern selbst gestalten und Kieztrojaner enttarnen. Die Forderung »St. Pauli Code jetzt!« wird somit immer wichtiger!

# Hamburg als Klassenprimus?

Heike Sudmann über die prekäre Mieten- und Wohnungssituation in der Stadt



Im Hamburger Rathaus (Foto: Heike Sudmann)

Der nachfolgende Beitrag erschien erstmals zur Jahreswende in »lunapark21. Zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie«. Die betreffende Extranummer 20/21 dieser politischen Viertelsjahreszeitschrift beschäftigt sich auf 82 Seiten mit dem Thema »Mietenexplosion vs. Daseinsvorsorge«, darin finden sich u.a. Beiträge aus Berlin, Stuttgart und Wien. Das höchst informative Heft kostet 6,50 Euro, einzelne Beiträge können auch heruntergeladen werden ([www.lunapark21.net/inhalt-des-sonderheftes-mietexplosion-vs-daseinsvorsorge/](http://www.lunapark21.net/inhalt-des-sonderheftes-mietexplosion-vs-daseinsvorsorge/)).

Wir haben es mit einem merkwürdigen Phänomen zu tun: Seit der Regierungsübernahme durch Olaf Scholz (SPD) im Jahr 2011 macht Hamburg von sich reden in Sachen Wohnungspolitik, wird sogar als »Vorbild beim Wohnungsbau in Deutschland« (Handelsblatt, 19.10.2019) gefeiert. Gleichzeitig demonstrieren tausende HamburgerInnen beim »Mietenmove« am 4. Mai 2019 unter der Parole »Mietenwahnsinn stoppen«, geben rund 71,8% von 4.000 Gewerkschaftsmitgliedern bei einer DGB-Umfrage im November 2019 an, das mit Abstand größte Problem in Hamburg seien die steigenden Mieten und die Wohnungsnot.<sup>1</sup>

Die seit vielen Jahren verfolgte neoliberale Politik der wachsenden Stadt hat für Hamburgs Mieter\_innen fatale Folgen. Die Miete frisst das Einkommen auf. Bis zu 30% des Haushaltseinkommens für die Wohnkosten auszugeben, gilt als bundesweite Faustregel. Die Realität in Hamburg sieht an-

ders aus. Laut einer repräsentativen Umfrage der Hamburger Sparkasse vom März 2018 wenden 29% der Haushalte die Hälfte ihres Einkommens für das Wohnen (Kaltmiete inkl. Nebenkosten) auf, 16% müssen sogar mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Unterkunft zahlen. Ein Drittel des Einkommens für die Miete geben 40% aus, nur 11% der Haushalte zahlen weniger (Hamburger Abendblatt, 2.3.2018). Und die Tendenz der explodierenden Wohnkosten nimmt stetig zu, wozu auch der so viel gerühmte Neubau beiträgt.

Obwohl in Hamburg vor allem leistbare Wohnungen für Menschen mit wenig(er) Einkommen fehlen – in einer Größenordnung von 150.000 Wohneinheiten laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung<sup>2</sup> –, werden mit Unterstützung des mittlerweile rot-grünen Senats fleißig teure Wohnungen gebaut. Von den 55.700 Wohneinheiten, die zwischen 2011 und 2018 neu entstanden sind, gehören 41.200 zu den teuren freifinanzierten oder Eigentumswohnungen. Klassische Sozialwohnungen machen nur knapp 25% aus (13.700). Das ist umso desaströser angesichts der Tatsache, dass 40% aller Haushalte in Hamburg so wenig Einkommen haben, dass eine Sozialwohnung beansprucht werden könnte. An dieser Stelle kann dann auch mit der vom SPD-geführten Senat ge-

<sup>1</sup> Ergebnisse der Mitgliederbefragung des DGB Hamburg vom 12.11.2019, <https://hamburg.dgb.de/mitgliederbefragung>

<sup>2</sup> Andrej Holm u.a.: Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten? Düsseldorf, April 2018. S. 72f.

betsmühlenartig wiederholten Legende vom »Drittelmix« im Neubau aufgeräumt werden. Der bedeutet(e), dass je ein Drittel (33,33%) Sozialwohnungen, frei finanzierte und Eigentumswohnungen entstehen sollen. Für diesen Drittelmix gab es übrigens noch nie eine logische Begründung. So sind z.B. im Jahr 2010 nur 22,6% aller Wohnungen in Hamburg Eigentumswohnungen gewesen. Diese Quote wird mit dem Drittelmix allerdings stetig in die Höhe getrieben, 2018 lag sie schon bei 23,9%. Zynisch lässt sich das nur mit dem Motto kommentieren: Kannst du dir die Miete nicht leisten, kauf dir doch einfach eine Wohnung.

Wenn Hamburg als Vorbild im Wohnungsbau gepriesen wird, ist damit vor allem der Umfang des Neubaus gemeint. Ohne Frage steht die Elbmetropole mit ihren 55.700 neugeschaffenen Wohnungen innerhalb von sieben Jahren im Städtevergleich gut da. Doch bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 1,8 Personen reichen diese neuen Wohnungen noch nicht mal rechnerisch aus, um den zusätzlichen Bedarf von 123.000 Einwohner\_innen zu decken, die im gleichen Zeitraum nach Hamburg gezogen sind.<sup>3</sup> Und da vor 2011 schon mehrere zehntausend Wohnungen fehlten, ist das Problem noch größer geworden.

Besonders dramatisch wirkt sich die Wohnungsnot auf die Menschen bzw. Haushalte mit geringen oder längst auch schon mittleren Einkommen und auf stark benachteiligte Gruppen wie Alleinerziehende, Zuwander\_innen, Studierende und Auszubildende aus. Von den offiziell 1.910 Obdachlosen Ende 2018 sowie den gut 20.000 Wohnungslosen ganz zu schweigen. Das Angebot leistbarer Wohnungen in Hamburg nimmt kontinuierlich. Vor allem die Zahl der Sozialwohnungen ist wie Schnee in der Sonne weggeschmolzen. Von den knapp 100.000 Sozialwohnungen im Jahr 2011 sind Ende 2018 nur noch 80.000 übrig geblieben. Die Zahl der Bindungsausläufe übersteigt alljährlich das Neubauvolumen bei Weitem, im vergangenen Jahr sind z.B. zwar 2.075 neue Sozialwohnungen fertiggestellt worden, aber gleichzeitig 3.455 aus der Bindung ausgelaufen.<sup>4</sup> Es wird zwar eine Menge gebaut, aber eben viel zu wenig für diejenigen, die es auf dem sogenannten Wohnungsmarkt bitter nötig hätten.

Was den Anteil der Wohnkosten kontinuierlich anwachsen lässt, ist die gigantische Mietenexplosion in Hamburg. Alleine die durchschnittlichen Preise laut Mietenspiegel sind von 7,15 € (2011) auf 8,44 €/qm netto-kalt (2017) angestiegen. Alle zwei Jahre haben sich die ortsüblichen Vergleichsmieten in diesem Zeitraum um 5,2 bis 6,1% erhöht, zwei- bis dreimal so hoch wie die Inflationsrate. (...)

Die reale Problemlage des Mietpreissprungs bei einem Erstbezug oder bei einem Umzug gibt auch der Mietenspiegel nicht wieder. Die Auswertung von rund 5.000 Wohnungsangeboten im Portal »Immowelt« ergab, dass die Neuvertragsmiete für eine Wohnung im März 2019 im Durchschnitt 13,24 €/qm betrug, 5,8% mehr als ein Jahr zuvor. Damit aber, so die Macher\_innen der Studie, lagen die Neuvertragsmieten um 57% über der Durchschnittsmiete laut Mietenspiegel.<sup>5</sup>

Hier zeigt sich eine der vielen Fehlannahmen, die der Senat seit 2011 gerne kolportiert und die ebenso gerne wie

hoffnungsfroh verbreitet werden. »Bauen, bauen, bauen«, so lautet das Credo, wenn es um die Bekämpfung des Mietenspiegels geht. Doch Bauen ist alleine schon wegen der stark gestiegenen Grundstückspreise und auch der Baukosten heute teurer denn je. Neubauwohnungen sind generell nicht unter 11 oder 12 €/qm nettokalt zu bekommen. Dieser Mietpreis ist für viele BürgerInnen nicht bezahlbar.

Auf Dauer wird die wachsende Zahl dieser teuer erbauten frei finanzierten Wohnungen auch den Mietenspiegel hochtreiben, im entsprechenden Rasterfeld ist das heute schon ablesbar. Und dann die Sache mit der vermeintlichen Mietpreisbremse, die zumindest bei Weitervermietungen eine Obergrenze von maximal 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete vorsieht. Die Mieten steigen trotzdem munter weiter, wie verschiedene Studien belegen. Sei es wegen der vielen Ausnahmeregelungen bei der Mietpreisbremse, sei es, weil die Durchsetzung der Mietbegrenzung dem/der einzelnen Mieter/in obliegt. Es sind eben nicht viele, die sich gleich nach dem Umzug auf einen Prozess mit ihrer/ihrem Vermieter\_in einlassen mögen.

Um den Mietenwahnsinn in Hamburg und in anderen Städten zu beenden, brauchen wir einen radikalen Wechsel in der Mieten- und Wohnungspolitik. Wohnungen sind keine Ware und müssen deshalb dem Markt entzogen werden.

Ein erster schneller Schritt dahin ist der Mietendeckel. Rot-Grün in Hamburg hat bisher jeglichen Mietenstopp nach Berliner Vorbild abgelehnt. Nicht nur DIE LINKE, sondern auch viele außerparlamentarische Bewegungen wie das Recht-auf-Stadt-Netzwerk werden hier den Druck weiter erhöhen.

Große profitorientierte Wohnungsunternehmen in Hamburg wie Vonovia oder Akelius, die ihre Abzocke zulasten der Mieter\_innen betreiben, sind nicht nur auf die Pflichten aus dem Grundgesetz zu verweisen, sondern ggfs. auch auf der Grundlage des Grundgesetzes zu enteignen.

Mit einem flächendeckenden Neubau von Sozialwohnungen, die nach dem Wiener Vorbild »einmal gefördert, immer gebunden« sind, können die dringend nötigen Wohnungen für die vielen Haushalte mit wenig(er) Einkommen geschaffen werden. Auch dafür ist es notwendig, dass die Stadt ihre Grundstücke nicht mehr verkauft, sondern nur noch im Erbbaurecht vergibt, für den Wohnungsbau z.B. nur an gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen und Akteur\_innen.

Mit diesen Maßnahmen könnte Hamburg wirklich zum Klassenprimus werden!

<sup>3</sup> Berechnungen aus der im November 2019 erschienenen wohnungspolitischen Broschüre der Linksfraktion Hamburg. Zu finden auf der Website [www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de).

<sup>4</sup> Zahlenangaben basierend auf einer Senatsantwort auf eine Große Anfrage der Linksfraktion vom 21.5.2019 (Drs. 21/16990), S. 25. Mehr dazu in der o.a. Broschüre der Linksfraktion.

<sup>5</sup> Laut »Statistiken zum Wohnen in Hamburg«, zusammengestellt vom Mieterverein zu Hamburg: [www.mieterverein-hamburg.de/de/aktuelles/statistiken-wohnen-hamburg/index.html](http://www.mieterverein-hamburg.de/de/aktuelles/statistiken-wohnen-hamburg/index.html).

# Der Berliner Mietendeckel

Von Gaby Gottwald



Große Mietendemo in Berlin, April 2018 (Foto: Gaby Gottwald)

Ab März 2020 gilt in Berlin der Mietendeckel. Per Gesetz sind Mietsteigerungen verboten. Es werden Obergrenzen für zulässige Miethöhen festgelegt und Modernisierungsumlagen auf einen Euro pro Quadratmeter begrenzt. Ab Jahresende können dann auch überhöhte Mieten im Bestand abgesenkt werden.

Die rot-rot-grüne Berliner Regierungskoalition folgte mit ihrem Beschluss im Abgeordnetenhaus am 30. Januar einer politischen Initiative der SPD, mit der sie genau ein Jahr zuvor die Öffentlichkeit überrascht hatte. Berlin solle als Bundesland für fünf Jahre einen Mietestopp verhängen. Der drastische Auftrieb am Mietmarkt bedrohe den sozialen Zusammenhalt in der Stadt und erfordere daher drastische Maßnahmen. Die konzeptionelle Vorlage lieferte wenige Wochen zuvor der Jurist Peter Weber. In einer juristischen Fachzeitschrift legte er dar, dass jenseits der allgemein verbreiteten Ansicht, nur der Bund könne zulässige Miethöhen festlegen, da das Mietrecht im BGB verankert sei, gerade auch die Bundesländer über die Anwendung öffentlichen Rechts in die Preisregulierung von Mieten eingreifen könnten. Durch die Föderalismusreform im Jahr 2006 sei die Kompetenz für das Wohnungswesen an die Länder übertragen worden, die leider keinen Gebrauch davon machten, eine dringend notwendige Preisregulierung einzuführen.

Die SPD griff diesen Ball auf, der rollte ins Feld der Koalition, und es begannen intensive Diskussionen mit juristischen BeraterInnen, die Erstellung zahlreicher Gutachten und eine öffentliche Debatte. Im Kern ging es immer um die Frage, ob ein Bundesland über seine Kompetenz für das Wohnungswesen darüber auch Mietpreisregulierungen vornehmen dürfe. Die Koalition kam zu der Auffassung, dass ohne Eingriff in das Mietrecht selbst, dessen Kompetenz beim Bund liegt, Länder über das öffentliche Recht Miethöhen deckeln können. So legte der Senat bereits Mitte Juni letzten Jahres erste Eck-

punkte für einen Mietdeckel vor, die dann im Jahresverlauf weiter entwickelt und auch verhandelt wurden.

Bemerkenswert und vielfach ungewöhnlich war die öffentliche Begleitmusik zum Vorhaben. Während Meinungsfragen frühzeitig dokumentierten, die MieterInnen der Stadt begrüßen einen Eingriff in den Mietenmarkt außerordentlich, riefen die Verbände der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft und ihre zahlreichen LobbyistInnen umgehend den Notstand aus. Es drohe wirtschaftlicher Untergang, erst der Branche, dann der Stadt! Weil Mieten nicht mehr erhöht werden dürfen? Es wurde verbal aufgerüstet und haarsträubendes Zeug erzählt, meist ohne irgendeinen Beleg.

Viel bemüht wird gerne der dringend benötigte Neubau, den der Mietendeckel angeblich ins Stocken bringe. Doch der Mietendeckel tangiert Neubauwohnungen ab 2014 nicht. Auch der Anreiz, in Neubau zu investieren, schwindet nicht. Im Gegenteil! Senkt der Mietendeckel die derzeitigen hohen Renditen, die mit Bestandswohnungen erzielt werden, kann dies zu einer vermehrten Investition in Neubau führen. So wichtig der Neubau ist, vor allem der preiswerter Wohnungen, so wenig kann eine Forcierung von Neubau die Folgen explodierender Mieten im Bestand kompensieren. Dies ist quantitativ faktisch nicht möglich. Es ist daher unerlässlich, sowohl die Mieten in hunderttausenden von Bestandswohnungen niedrig zu halten als auch für preiswerten Neubau zu sorgen.

Der Koalition blies starker Wind entgegen. Es geht um viel Geld, das nicht mehr in die Taschen der Eigentümer fließt, sondern bei den MieterInnen verbleibt. Das ist Sinn und Zweck des Gesetzes. Das wollte niemand beschönigen. Und das

**Gaby Gottwald, DIE LINKE Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin, Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen; Sportausschuss.**

brachte diejenigen auf, die daran gewöhnt sind, dass ihre Interessen stets vorrangig bedient werden.

Der Mietendeckel ist juristisch absolutes Neuland. FDP und CDU bereiten Klagen auf Landes- und Bundesebene vor, um die jeweiligen Verfassungsgerichte entscheiden zu lassen. Das ist gut so, denn Rechtssicherheit bei Grundsatzfragen ist hilfreich.

Sollte dem Grundsatz stattgegeben werden, dass Ländern eine Kompetenz für Preisregulierungen zufällt, die das Wohnungswesen betreffen, eröffnet sich ein ganz neues politisches Betätigungsfeld für Landesregierungen und damit auch ein neues Spannungsfeld zwischen Bundes- und Landespolitik. Dem Berliner Pilotprojekt kommt daher weitgehende Bedeutung zu, da es ein Hebel ist, um die CDU/CSU-VertreterInnen im Bund auszubremsen, die seit Jahren jede Hilfe für Mieterinnen und Mieter verweigern. Es würde daher insbesondere SozialdemokratInnen in Länderregierungen gut zur Ge-

sicht stehen, ebenfalls eigene Vorstöße zu unternehmen, um ihren gebeutelten GenossInnen in der Koalition im Bund mehr Rückenwind zu verschaffen.

Es liegt sehr viel Sprengkraft darin, wenn Landesregierungen mutig ihre eigenen Kompetenzspielräume zugunsten von Mieterinnen und Mietern ausweiten und dabei auch mal ein Risiko eingehen, anstatt stets zu verharren und auf eine Bekehrung der Immobilienbranche und ihrer politischen Lobby zu warten.

Der Mietendeckel wirkt bereits, bevor er in Kraft ist. So dürften die Vorstöße der CSU im Bundesrat zur Schärfung des Wucherparagrafen wie auch neueste Initiativen der Bundesregierung zur Begrenzung von Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen u.a.m. nicht Resultat einer göttlichen Eingebung sein, sondern eher der Erkenntnis folgen: Wer sich nicht bewegt, wird weggeschoben. Und das zu Recht!

**Aus der Pressemitteilung des Netzwerks Recht auf Stadt  
»zur Einführung des Hamburger Mietendeckels« vom 5. November 2019**  
(Vollständig unter [www.rechtaufstadt.net/.](http://www.rechtaufstadt.net/))

#### **Sensation: Hamburg führt den Mietendeckel ein!**

Während in Hamburg die Mieten weiter steigen, greift Berlin durch: Ab Januar sind die meisten Mieten in der Hauptstadt für fünf Jahre gedeckelt. Das Netzwerk Recht auf Stadt fordert, auch in Hamburg einen Mietendeckel einzuführen. Deshalb hat das Netzwerk heute vor dem Rathaus erste Tatsachen geschaffen und die hamburgweite Einführung eines ersten Mietendeckels begonnen.

»Wir sind wütend. SPD und Grüne scheuen seit Jahren vor Maßnahmen zurück, die verhindern, Geschäfte mit der Miete auf Kosten der Bewohner\*innen zu machen«, sagt Christina Zeh vom Sprecher\*innen-Rat des Netzwerks Recht auf Stadt. »Der Hamburger Senat setzt vor allem auf Neubau. Die meisten der neu entstehenden Wohnungen sind aber teuer. Anstatt weiter mit der Immobilienlobby zu kuscheln, soll der Senat Vermieter\*innen endlich klare Grenzen setzen – mit einem Mietendeckel wie in Berlin.«

»Private Investor\*innen, die Wohnungen kaufen oder neu bauen, haben nur ein Interesse: Rendite. Der Widerstand gegen den Mietendeckel in Berlin zeigt: Getroffene Hunde bellen«, ergänzt Marco Alexander Hosemann vom Sprecher\*innen-Rat. »Es wird zum Beispiel behauptet, dass dann niemand mehr bauen würde und es auch kleine Vermieter\*innen treffen würde. Dabei sind Neubauten vom Berliner Mietendeckel ausgenommen und für die kleinen Vermieter\*innen gibt es eine Härtefallregelung.«

»Der Berliner Mietendeckel konnte nur durch den Druck einer starken organisierten Mieter\*innen-Bewegung durchgesetzt werden«, sagt Christina Zeh. »Wir werden außerhalb der Bürgerschaft Druck machen, damit es bald auch bei Hamburger Mieten heißt: Deckel drauf!«

»Der Mietendeckel wird das Problem nicht allein lösen. Es verschafft uns aber Zeit, um weitere Maßnahmen zur gerechten Versorgung der Menschen mit Wohnraum in unserer Stadt durchzusetzen. Wie die Vergesellschaftung der SAGA, die wir auf der Rückseite der ersten Auflage unseres Mieten(bier)deckels fordern«, so Hosemann.

Den ersten Hamburger Mietendeckel gibt es ab sofort in zahlreichen Hamburger Kneipen. Eine Liste der Kneipen finden Sie in Kürze auf unserer Webseite [www.rechtaufstadt.net](http://www.rechtaufstadt.net). Dort gibt es auch weitere Informationen zum Mietendeckel und der Forderung »SAGA #vergesellschaften«.



## Nach Berlin: Mietendeckel auch für Hamburg!



Andreas Breitner, Heike Sudmann, Katrin Lompscher, Wolgastische Hamburg, 7.54.2020 (Foto: Mathias Turm)

Zu einer Veranstaltung über den Ende Januar beschlossenen Berliner Mietendeckel und seine Relevanz für Hamburg hatte die Hamburger LINKE am Freitag, den 7. Februar, nach St. Georg eingeladen. Nicht nur, dass sich die rund 80 BesucherInnen ein Bild aus erster Hand durch Berlins Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher machen konnten, als absoluter Gegenpart trat Andreas Breitner vom Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) auf dem Podium in Erscheinung. Die Moderation oblag Heike Sudmann, der es sicherlich bei so mancher zugespitzten Äußerung von Breitner kribbelte, die aber eben *zwischen* den beiden Podiumsgästen saß.

So verstieg sich Breitner zu der Formulierung, dass der Mietendeckel »unsozial« sei, weil er auch die Mieten von einigen reichen MieterInnen reduzieren würde. Nun denn, räumte Katrin Lompscher ein, aber entscheidender sei doch wohl, dass hunderttausende Haushalte, die immer mehr Schwierigkeiten mit den explodierenden Mieten hätten, für die nächsten fünf Jahre entlastet würden, ja sogar mit einer Kürzung ihrer Mieten rechnen könnten.

Wiederholt kritisierte Breitner, dass die Mietendeckelung auch die »guten Vermieter«, also die Genossenschaften und die kommunalen Wohnungsgesellschaften, treffen würde. Sie würden so knapp kalkulieren, dass die Beschränkung ihrer Mieterhöhung für die Einstellung des Neubaus sorgen würde, so wie es übrigens und ausgerechnet auch einige Berliner Genossenschaften angekündigt haben. So richtig nachvollziehbar war dieser Einwand allerdings nicht, denn wenn die *durchschnittliche* Miete bei diesen Genossenschaften anerkanntermaßen unter der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt

und damit im Wesentlichen auch unter der Mietobergrenze (s. dazu die nachfolgende Information der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus) bleibt, warum sollen sich dann Genossenschaften Gedanken um ihre Gewinnmargen machen? Zudem, darauf wies Katrin Lompscher hin, würden die Mietendeckelungen ja nur für Wohnhäuser bis zum spätesten Entstehungsjahr 2013 gelten. Neubauten ab 2014 dagegen seien vom Mietendeckel ausgeschlossen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, dass Wohnungsunternehmen nun erst recht in den (notwendigen) Neubau investieren dürften, weil damit (vorerst) die höchsten Renditen zu erwirtschaften sind.

Einmal mehr wurde in der Diskussion deutlich, dass der VNW-Chef – Sozialdemokrat und früherer Innenminister in Schleswig-Holstein – vor allem darauf abhob, durch Neubau die verschiedenen Problemlagen in Hamburg in den Griff zu bekommen – ganz nach dem Senats-Mantra »Bauen, Bauen, Bauen«. In dieser Hinsicht hat der SPD-geführte Senat seit

### Grußwort zur Bürgerschaftswahl von Katrin Lompscher, Berliner Stadtentwicklungssenatorin

Die Podiumsdiskussion am Freitag (7. Februar 2020) war auch für mich ein interessanter Abend im Hamburger Wahlkampf: Berliner Bauen, Kaufen, Deckeln vs. Hamburger Bauen, Bauen, Bauen. Damit Wohnen bezahlbar bleibt, brauchen wir beides: zusätzlichen leistbaren Wohnraum **und** stabile Bestandsmieten. Die LINKE in Hamburg und Berlin kämpft konsequent gegen die Mietenwahnsinn. Deshalb drücke ich fest die Daumen für den 23. Februar. Für eine starke LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft!



2011 ja auch stolze Zahlen aufzuweisen. Doch wer kann sich die hohen Neubaumieten von 12, 13 oder noch mehr Euro pro Quadratmeter überhaupt erlauben? Von den Eigentumswohnungen mal ganz abgesehen, von denen seit 2011 mehr errichtet worden sind als Sozialwohnungen – so viel dann noch zum Unwort des »Drittmixes«, der in Hamburg im vergangenen Jahrzehnt zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd jemals erreicht wurde. Katrin Lompscher räumte durchaus die Erfolge Hamburgs bei den Neubauzahlen ein, setzte aber andere Akzente. Sie sprach vielmehr vom wohnungspolitischen Dreigestirn: Bauen, Kaufen und Deckeln. Das schaffe neuen Wohnraum, vergrößere sukzessive wieder den stadteigenen Wohnungsanteil und entlaste eine große Zahl der MieterInnen kurzfristig. So wird ein Schuh draus, zumindest gemessen am überwiegenden Beifall auf der interessanten Veranstaltung.

Wer sich ein umfassendes Bild machen möchte – einerseits von der Hamburger Wohnungspolitik seit Amtsübernahme durch die SPD 2011 (samt grünem Anhang ab 2015) und andererseits den Alternativen der LINKEN –, dem/der sei die im November erschienene 62seitige Broschüre »Wohnungsnot und Mietenwahnsinn in Hamburg« der Linksfraktion vom November 2019 empfohlen. Diese kann gedruckt im Büro der Linksfraktion (Lilienstraße 15) abgeholt werden. Online zu finden ist sie hier: [www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2019/12/2019-12-09-Wohnungspolitische-Broschuere\\_2019-11\\_web.pdf](http://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2019/12/2019-12-09-Wohnungspolitische-Broschuere_2019-11_web.pdf).



## Wohnungsnot und Mietenwahnsinn in Hamburg

Wie konnte es so weit kommen?  
Was kann dagegen helfen?

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft



**Die Aufgabe der Politik ist es, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Das günstigste Mittel dafür ist die soziale Gerechtigkeit. Der Mietendeckel ist ein erster Schritt. Deshalb wähle ich Heike Sudmann von der LINKEN.**

**Rolf Gauger, Unternehmer**



**Meine Wahl für die Bürgerschaft 2020 in Hamburg im Wahlkreis 1 ist Heike Sudmann, weil sie immer präsent ist, da, wo es in der Stadt und insbesondere in meinem Wahlkreis brennt. Sie mischt sich ein, nicht nur kritisch und kompetent, sondern immer auch äußerst konstruktiv.**

**Imke Behr**

# Deckel drauf!

Der Mietendeckel kommt.

**DIE LINKE.**  
im Abgeordnetenhaus von Berlin



Seit 2011 sind in Berlin die Angebotsmieten um 60 Prozent gestiegen. Die Entwicklung der Einkommen kommt da schon längst nicht mehr hinterher. Die Linksfraktion will Mietenexplosion und Verdrängung stoppen und dabei alle Möglichkeiten ausschöpfen, die auf Landesebene bestehen. Deshalb haben wir für ein Mietendeckel-Gesetz gekämpft, mit dem die Höhe der Miete reguliert wird.

## WAS IST DER STAND DER DINGE?

Die rot-rot-grüne Koalition hat am 30. Januar 2020 das Mietendeckel-Gesetz beschlossen. Das Gesetz beruht auf den Eckpunkten des Senats vom 18. Juni 2019 und tritt voraussichtlich Ende Februar 2020 in Kraft.

## WAS STEHT IM GESETZ?

■ **Mietenstopp:** Die Mieten für nicht preisgebundene Wohnungen werden mit Stand des Stichtages vom 18. Juni 2019 für einen Zeitraum von fünf Jahren weitgehend eingefroren. Auch für Staffel- und Indexmieten ist die am 18. Juni 2019 geltende Miete entscheidend. War eine Wohnung zum Stichtag nicht vermietet und

wurde zwischen Stichtag und Inkrafttreten des Gesetzes ein neuer Mietvertrag abgeschlossen, wird die vereinbarte Miete eingefroren. Ab 2022 darf die Miete um einen Inflationsausgleich von maximal 1,3 Prozent pro Jahr erhöht werden, jedoch nur soweit, bis die entsprechende Obergrenze der Mietentabelle erreicht ist.

■ **Mietobergrenzen:** Es wird eine Mietentabelle eingeführt, in der die Mietobergrenzen bei Neu- und Wiedervermietungen festgelegt werden (siehe Rückseite). Die Tabelle ist nach dem Baujahr des Hauses und der Ausstattung mit Heizung und Bad gestaffelt. Wird eine Wohnung wieder vermietet, gilt die Miete, die die Vormieter gezahlt haben. Falls die Vormiete höher ist als die Obergrenze aus der Mietentabelle, gilt die Obergrenze. Wenn eine Wohnung mit besonders niedriger Miete von unter 5,02 Euro pro Quadratmeter wiedervermietet wird und zwei Merkmale einer modernen Ausstattung hat, darf die Miete um maximal einen Euro pro Quadratmeter auf maximal 5,02 Euro pro Quadratmeter angehoben werden. Bei Neuvermietung, wenn eine Wohnung also zuvor nicht als Wohnraum vermietet war, darf die Miete maximal bis zur Mietobergrenze gehen.

■ **Absenkung überhöhter Miete:** Mieten von bestehenden Mietverträgen, die die Mietobergrenzen der Tabelle um mehr als 20 Prozent überschreiten, sind per Gesetz verboten.

Vermieter\*innen sind also verpflichtet, die Miete auf höchstens 120 Prozent der Obergrenze zu senken. Das Verbot gilt erst neun Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes. Für Wohnungen in einfacher Lage werden 28 Cent pro Quadratmeter von der Obergrenze abgezogen. Für Wohnungen in mittlerer Lage werden neun Cent pro Quadratmeter abgezogen. Die zulässige Miete von Wohnungen in guter Lage erhöht sich um 74 Cent pro Quadratmeter.

■ **Modernisierungsumlage:** Wenn Wohnungen in Zukunft modernisiert werden sollen, müssen die Vermieter\*innen das bei der Investitionsbank Berlin melden. Die Miete darf nach der Modernisierung um höchstens 1 Euro pro Quadratmeter erhöht werden. Kosten von Modernisierungen, die 1 Euro pro Quadratmeter übersteigen, können durch Förderprogramme kompensiert werden.

■ **Ausnahmen:** Neubau ab 2014 und Sozialwohnungen mit Mietpreisbindungen sowie Wohnungen in Wohnheimen sind von dem Gesetz ausgenommen.

■ **Härtefälle:** Vermieter\*innen, die durch die neuen Regelungen dauerhaft in eine wirtschaftliche Schieflage geraten, kann nach Antragstellung und Überprüfung eine Erhöhung der Miete genehmigt werden. In diesem Fall können Mieter\*innen mit Wohnberechtigungsschein für den Betrag, der oberhalb der Obergrenze liegt, einen Zuschuss beantragen.

■ **Durchsetzung:** Eine höhere Miete als im Gesetz festgelegt, ist verboten. Vermieter\*innen, die gegen das Verbot verstoßen, begehen eine Ordnungswidrigkeit und müssen mit einem Bußgeld von bis zu 500.000 Euro rechnen.

## WAS IST NACH INKRAFTTRETEN ZU TUN?

Vermieter\*innen sind verpflichtet, den Mieter\*innen innerhalb von zwei Monaten unaufgefordert alle für die Berechnung der zulässigen Miete relevanten Informationen zu geben. Anlaufstelle für Mieter\*innen ist das örtliche Bezirksamt. Dies erteilt Auskunft über die zuläs-

Erstmalige Bezugsfertigkeit der Wohnung und Ausstattung	Mietobergrenze* pro m <sup>2</sup>
bis 1918 mit Sammelheizung und Bad	6,45 Euro
bis 1918 mit Sammelheizung oder mit Bad	5,00 Euro
bis 1918 ohne Sammelheizung ohne Bad	3,92 Euro
1919–1949 mit Sammelheizung und Bad	6,27 Euro
1919–1949 mit Sammelheizung oder Bad	5,22 Euro
1919–1949 ohne Sammelheizung ohne Bad	4,59 Euro
1950–1964 mit Sammelheizung und Bad	6,08 Euro
1950–1964 mit Sammelheizung oder mit Bad	5,62 Euro
1965–1972 mit Sammelheizung und Bad	5,95 Euro
1973–1990 mit Sammelheizung und Bad	6,04 Euro
1991–2002 mit Sammelheizung und Bad	8,13 Euro
2003–2013 mit Sammelheizung und Bad	9,80 Euro
<b>Zulässige Zuschläge</b>	
■ Liegt der Wohnraum in Gebäuden mit nicht mehr als zwei Wohnungen, erhöht sich die Mietobergrenze um zehn Prozent. ■ Für Wohnraum mit moderner Ausstattung erhöht sich die Mietobergrenze um 1 Euro. Eine moderne Ausstattung liegt vor, wenn der Wohnraum wenigstens drei der folgenden fünf Merkmale aufweist:	
1) schwellenlos von der Wohnung und vom Hauseingang erreichbarer Personenaufzug, 2) Einbauküche, 3) hochwertige Sanitärausstattung, 4) hochwertiger Bodenbelag in der überwiegenden Zahl der Wohnräume und/oder 5) Energieverbrauchskennwert von weniger als 120 kWh/(m <sup>2</sup> a).	

sige Miethöhe und kann bei Verstoß gegen das Gesetz ein Bußgeld gegen die Vermieter\*innen verhängen. Dies gilt insbesondere auch beim Neuabschluss von Mietverträgen. Gegen überhöhte Mieten bei schon bestehenden Mietverträgen kann erst neun Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes vorgegangen werden.

*Kostenlose Mieterberatungen in den Bezirken:*  
[stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/mieterberatungen.shtml](http://stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/mieterberatungen.shtml)

*Kostenlose Mieterberatungen bei DIE LINKE:*  
[dielinke.berlin/nc/start/beratung-hilfe](http://dielinke.berlin/nc/start/beratung-hilfe)

\* Mit der Miete im Sinne des Mietendeckels ist immer die Nettokaltmiete gemeint inklusive aller Zuschläge.

\* Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen ist verpflichtet, die Obergrenzen alle zwei Jahre an die Reallohnentwicklung anzupassen.

# Die Polizei als politischer Akteur

Nathalie Meyer, Referentin bei Christiane Schneider, über Connewitz, G20 und Gefahrengebiete



Diskussion über Polizei-Strategien, 5.2.2020 (Foto: Michael Joho)

Die Silvesternacht 2019/20 in Leipzig-Connewitz wird so schnell nicht vergessen werden. Denn wie es in einer Pressemitteilung der Polizei Leipzig hieß, wurden dort Polizeikräfte »massiv mit Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern angegriffen. Eine Gruppe von Gewalttätern versuchte einen brennenden Einkaufswagen mitten in eine Einheit der Bereitschaftspolizei zu schieben und beschossen diese massiv mit Pyrotechnik. Ein Beamter (m/38) wurde dabei so schwer verletzt, dass er das Bewusstsein verlor und im Krankenhaus notoperiert werden musste. In diesem Fall ermittelt die Soko LinX wegen versuchten Totschlags.«<sup>1</sup>

Schnell wurde die Pressemeldung in den Medien rezipiert und linker Aktivismus in der Folge als generell gewaltbereit denunziert. Es folgte eine regelrechte Hasswelle gegen linken Aktivismus und Personen, die es wagten, die Polizeitaktik in der Silvesternacht kritisch zu hinterfragen.

Wenige Tage später dann die Wende: Es gab weder einen schwerverletzten Polizisten noch eine Not-OP. Auch die Auseinandersetzungen hatten sich nicht so zugetragen, wie die Pressemitteilung der Polizei behauptete, und nichts deutete auf einen »versuchten Totschlag« hin.

Steckt eine Strategie hinter dieser polizeilichen Falschmeldung? Welches Ziel verfolgt die Polizei dabei und wie schafft sie es, dadurch Bilder in der Öffentlichkeit zu verzerren und Diskurse zu verschieben? Diese und andere Fragen diskutieren auf Einladung des Landesverbandes der Hamburger LINKEN am 5. Februar vor etwa 50 ZuhörerInnen Jule Nagel (Leipziger Stadträtin und Landtagsabgeordnete der LINKEN in Sachsen), Christiane Schneider (MdHB, LINKE Hamburg),

Maya Klasen (Kandidatin der LINKEN für die anstehende Bürgerschaftswahl) unter Moderation von Heike Sudmann (MdHB und Spitzenkandidatin der LINKEN im Wahlkreis 1).

Jule Nagel berichtete eingangs über ihre Erfahrungen aus der Silvesternacht. Obwohl Silvester in Connewitz seit Jahren ein politisches Event sei, habe es dieses Jahr eine erhebliche Polizeipräsenz gegeben, die schließlich zu einer Eskalation der Situation beigetragen habe. Aus ihrer Sicht sei es ein generelles Problem, dass viele JournalistInnen unkritisch die Pressemitteilungen der Polizei übernehmen und deren Angaben nicht überprüfen würden. Die Polizei erhalte damit eine enorme Reichweite für ihre Darstellungen, die oftmals durch eigene Interessen bestimmt seien. Selbst wenn zu einem späteren Zeitpunkt Richtigstellungen erfolgten – so wie es auch in Leipzig der Fall war –, erreichten diese nicht mehr die gleiche Öffentlichkeit und blieben daher oft ungehört.

Christiane Schneider ist davon keineswegs überrascht, denn diese Desinformationsstrategien sind auch von der hamburgischen Polizei bestens bekannt. So erinnerte sie die ZuhörerInnen daran, dass die Polizei im Dezember 2013 einen Angriff auf die Davidwache auf St. Pauli erfand und im Anschluss ein mehrere Stadtteile umfassendes »Gefahrengebiet« ausrief. Nach der damaligen Version der Polizei hätten am Abend des 28. Dezember 2013 30 bis 40 verummte Autonome Sprechchöre vor der Davidwache skandiert und die herauseilenden PolizistInnen »gezielt und unvermittelt mit Stein- und Flaschenwürfen angegriffen.«<sup>2</sup> Dabei seien meh-

<sup>1</sup> [www.polizei.sachsen.de/de/MI\\_2020\\_69739.htm](http://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2020_69739.htm)

<sup>2</sup> [www.presseportal.de/blaulicht/pm/6337/2629320](http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/6337/2629320)



Demonstration nach Thüringen-Desaster, 7.2.2020, Hamburg (Christiane Schneider)

rere Polizeikräfte schwer verletzt worden. Die Einrichtung des Gefahrengebietes im Januar 2014 wurde durch die Polizei mit eben diesem Angriff gerechtfertigt. Der Haken an der Sache: Den Angriff auf die Davidwache hat es so nie gegeben. Mehrere ZeugInnen widerlegten die Version der Polizei, viele der Behauptungen der Polizei waren nicht belastbar. Selbst die Polizei sah sich später gezwungen, ihre Version zu revidieren, wenngleich sie weiterhin daran festhielt, dass es einen linksmotivierten Angriff gegeben habe. Aufgrund der massiven Proteste gegen das Gefahrengebiet wurde es schließlich nach knapp zwei Wochen wieder aufgehoben; das Ermittlungsverfahren wegen des »Angriffs auf die Davidwache« wurde ohne Ergebnis eingestellt.

Dass es sich dabei nicht um einen fehlgeleiteten Einzelfall handelt, zeigen weitere Beispiele in der jüngsten hamburgischen Geschichte. Während des G20-Gipfels verbreitete die Polizei über die Auseinandersetzungen in der Schanze am

Freitagabend der Gipfelproteste das Märchen von der zur Festung ausgebauten Schanze: Auf den Dächern befanden sich mit Gehwegplatten und Eisenstangen bewaffnete Autonome, die nur darauf warteten, der in die Schanze einrückenden Polizei an den Kragen zu gehen.

Dieses von der Polizei produzierte Bild wurde zum wesentlichen Faktor in der Deutung und Beurteilung der G20-Proteste und eines der zentralen Elemente ihrer Diskreditierung. Doch auch hier: Es gibt keinerlei Belege für die Darstellung der Polizei; stattdessen konnte zumindest in einem Fall nachgewiesen werden, dass die Polizei gelogen hat. Denn wie eine Schriftliche Kleine Anfrage der LINKEN ergab, wurden – anders als vom Polizeisprecher behauptet – entsprechende Beweismittel nicht gefunden, weder Eisenstangen, noch Gehwegplatten, noch sonst etwas, was das Polizeimärchen bestätigen würde.

Maya Klasen wies darauf hin, dass die Polizei ein Deutungsmonopol für sich beansprucht, das ihr aber auch medial zugestanden werden würde. Jede kritische öffentliche Auseinandersetzung mit der Polizei werde als Angriff auf diese missinterpretiert. Beispielhaft zeige sich dies an den Äußerungen von Innenminister Andy Grote, der in einem Tweet verlautbarte, dass, wer in Hamburg regieren wolle, hinter der Polizei Hamburg stehen müsse. Zudem müsse berücksichtigt werden, dass die Polizei nicht außerhalb von Herrschaftsverhältnissen und in einer autoritären und konservativen Tradition stehe.

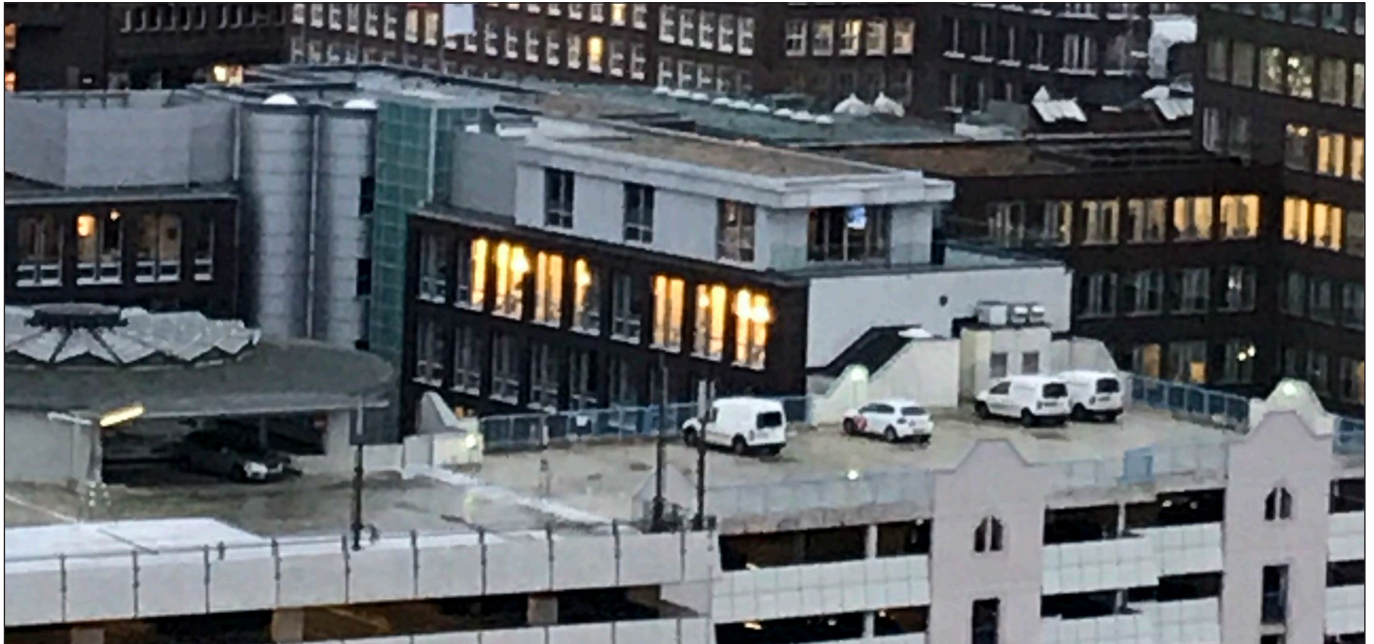
Auch Jule Nagel und Christiane Schneider waren sich darin einig, dass die Informationspolitik der Polizei und ihre Medienstrategie im Kontext einer allgemeinen »Versicherheitlichung« der Gesellschaft steht: Die Polizeikommunikation stelle dabei eine Art ideellen Überbau dieser Versicherheitlichung statt. Zudem fungiere sie als Legitimation für die Verschärfung der Sicherheitsgesetze – wie jüngst auch in Hamburg.

Die Diskussion machte deutlich, dass der polizeilichen Kommunikation eine übergeordnete Rolle zukommt, die weit über bloße Informationsweitergabe hinausgeht. Sie stellt ein wesentliches Instrument eines politischen Agierens der Polizei dar, mit der die Polizei als Institution Einfluss auf Auseinandersetzungen und ihre Deutung nimmt und ihr eigenes Handeln zu legitimieren versuche.



# Autofreie City und Verkehrswende

Heike Sudmann über hilfreichen Druck der BürgerInnen



Parkhäuser zu Wohnungen machen! (Foto: Heike Sudmann)

Laut einer Anfang Januar von NDR 90,3 veröffentlichten repräsentativen Verkehrsumfrage von Infratest dimap unterstützen 67% der Befragten autofreie Innenstadtbereiche in Hamburg. 53% sind für mehr Radwege zulasten von Autofahrspuren und 45% für den Bau einer Stadtbahn. Wenige Tage später sprachen sich in einer Abendblatt-Umfrage 61% für eine autofreie Innenstadt aus. Und Mitte Januar startete die Volksinitiative »Klimawende JETZT - Autos raus aus der Hamburger Innenstadt« (<http://klimaschutz-hamburg.de>).

Diese drei Ereignisse zeigen, dass die BürgerInnen viel aufgeschlossener für eine Verkehrswende sind als die Mehrheit in der Bürgerschaft. Doch angesichts der Tatsache, dass die Zahl der angemeldeten Autos in Hamburg kontinuierlich wächst, dass der Anteil der »Stadtpanzer« (SUV) mit überdimensionierten Ausmaßen und unersättlichem Energieverbrauch bei den Neuwagen überproportional steigt, zeigt, dass es mit Reden allein nicht getan ist. Um die Klimakrise zu stoppen, muss gehandelt werden, müssen die umweltfreundlichen Verkehrsmittel gestärkt und der Autoverkehr drastisch reduziert werden. Die Innenstadt mit ihrem guten ÖPNV-Angebot bietet sich absolut an für einen Verzicht auf das Auto. Auch deshalb hat DIE LINKE die Forderung nach einer »autofreien Innenstadt« in ihrem Wahlprogramm stehen. Wobei autofrei natürlich nicht heißt, dass gar kein Fahrzeug mehr in die Innenstadt fahren darf. Vielmehr geht es der LINKEN, wie auch der neuen Volksinitiative, darum, innerhalb des Rings 1 bis hin zum Hafenrand den motorisierten Individualverkehr weitestmöglich zu reduzieren.

In meiner Vorstellung ist dieses Ziel so zu erreichen.

1. Schritt: Wer nicht im Ring 1 wohnt, bleibt mit seinem/ihrerem Auto draußen. ÖPNV, Taxen, Lieferdienste, Ver- und Ent-

sorgung, HandwerkerInnen, AnwohnerInnen und Menschen mit körperlichen Behinderungen, die auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, können weiter dort hinfahren.

2. Schritt: Entwicklung von Alternativen für BewohnerInnen mit eigenem Auto.

3. Schritt: Umnutzung der Mehrzahl der privaten Stellplätze. Parallel werden der ÖPNV und die Radverbindungen in die Stadt ausgebaut. In Kopenhagen werden schon heute gut 50% der Wege mit dem Rad zurückgelegt, in Hamburg sind es gerade mal mickrige 15%. Dieser Prozess wird mehrere Jahre dauern, deshalb müssen wir sofort anfangen.

Übrigens: Dass sich 45% in der NDR-Umfrage für den Bau einer Stadtbahn aussprechen, trotz der jahrelangen massiven Gegenkampagne der SPD, ist für mich ein sehr positives Zeichen. Die Stadtbahn kostet pro Kilometer zehnmal weniger als die U-Bahn und lässt sich viel schneller bauen (z.B. auf dem vierspurigen Ring 2 oder Ring 3 oder auf der noch vorhandenen alten Trasse Grindelallee/Hoheluftchaussee (heutige Busspuren)).

Nachtrag: Am Tag der Bekanntgabe der Volksinitiative ging es auch in der Bürgerschaftssitzung um die autofreie Innenstadt. Die Grünen eierten auf meine Nachfrage, ob sie die Volksinitiative unterstützen, lange herum. Obwohl im grünen Wahlprogramm von einer »autoarmen Innenstadt« die Rede ist - und genau das kommt auch bei der Volksinitiative raus -, haben die Grünen nun kundgetan, dass sie die Volksinitiative definitiv nicht unterstützen. Die Spitzenkandidatin Katharina Fegebank verstieg sich sogar dazu, die Forderungen der Initiative »irre« zu nennen. Mein Fazit: Jetzt rücken die Grünen schon vor möglichen Koalitionsverhandlungen von ihren Forderungen ab. Beliebiger geht es kaum noch.

# Ein Vorbild? Wohnungspolitik in Wien

3. und letzter Teil der Serie, von Florian Kasiske, Mitarbeiter der Linksfraktion



Gemeinde-Neubau in Wien (Foto aus RLS-Broschüre: [www.miete-bezahlbar.de](http://www.miete-bezahlbar.de))

Der Mietensinn in Hamburg geht weiter. Zwischen 2009 und 2019 sind die Mieten laut Mietenspiegel um 28% gestiegen. Laut dem Immobilienportal Immonet ist der Anstieg sogar noch höher: Bei den dort angebotenen Wohnungen betrug der Anstieg der Kaltmiete im gleichen Zeitraum 42%. Mit dieser Entwicklung liegt Hamburg im Trend boomender Metropolen nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Wie ein kleines gallisches Dorf scheint dagegen Wien der Verteuerung städtischen Wohnens zu trotzen. Im ersten Artikel dieser Serie (BürgerInnenbrief vom 20.8.2019) ging es darum, wie den 1920er Jahren die Grundlage dafür geschaffen wurde: Über eine progressiv gestaffelte Wohnbausteuer und Steuern auf Luxusgüter wurden zigtausende städtische Wohnungen neu gebaut – und zu Mieten vergeben, die lediglich die Verwaltungs- und Instandhaltungskosten deckten, nicht aber den Bau refinanzieren mussten. Im zweiten Artikel (BürgerInnenbrief vom 17.12.2019) ging es um Wohnbauförderung in Wien heute – und die beschränkten Zugänge dazu. In diesem letzten Teil der Serie geht es um folgende Aspekte: gemeinnützige Träger, die Situation auf dem privaten Wohnungsmarkt, Wohnungsneubau und Bodenpolitik.

## Wohnungsgemeinnützigkeit

Eine Forderung der MieterInnenbewegung in Deutschland ist die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit. Anders als in Deutschland wurde diese in Österreich nicht abgeschafft. Nach dem österreichischen Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) »dürfen die gemeinnützigen Bauträger nur beschränkt Gewinne erzielen, müssen diese im Inland für Wohnbaumaßnahmen investieren und sind auch bei der Miethöhe an die Kostenmieten gebunden« (Kunnert/Baumgartner 2012, 93). Das bedeutet: Nach Ablauf der Förderprogramme

sinkt in Wien die Miete bei gemeinnützigen Trägern auf eine Höhe von 3,86 €/qm.<sup>1</sup> Gemeinnützige Träger genießen in Österreich verschiedene Steuervorteile – es gilt z.B. eine Umsatzsteuer von 10% statt der regulären 20%. Sie haben einen privilegierten Zugang zu Mitteln für geförderten Wohnungsbau. Auch private Unternehmen können als gemeinnützig anerkannt werden, meistens sind es allerdings Genossenschaften (Kunnert/Baumgartner 2012, 93). 19,8% aller Hauptsitzwohnungen in Wien gehören gemeinnützigen Trägern – bei denen damit 25,8% aller MieterInnen wohnen (Tockner 2017, 10). Wichtig ist auch die Rolle gemeinnütziger Träger beim Neubau: In Wien haben sie zwischen 1995 und 2015 im Schnitt 5.000 neue Wohnungen pro Jahr errichtet (Mattern 2016, 12).

Problematisch ist die 1994 eingeführte Mietkaufoption: Demnach können MieterInnen eine geförderte Wohnung kaufen, nachdem sie zehn Jahre darin gewohnt haben. Die bereits bezahlte Miete ist Teil des Kaufpreises. In ganz Österreich sind zwischen 2013 und 2017 jährlich 4.000 Wohnungen auf diese Weise wieder dem Markt zugeführt worden.

## Privater Wohnungsmarkt

Wer keine Wohnung bei der Stadt oder einem gemeinnützigen Träger bekommt, hat es in Wien schwer. Nach österreichischem Recht ist es möglich, Wohnungen ohne Angabe von Gründen mindestens drei Jahre befristet zu vermieten. Im privaten Segment überwiegt bei neuen Verträgen der Anteil an befristeten Mietverhältnissen: Im Jahr 2015 wurden in Wien beinahe 58.000 neue Mietverträge abgeschlossen. Davon waren 34.700 im privaten Segment, von denen etwa 21.600 le-

<sup>1</sup> [www.berliner-zeitung.de/berlin/berlin-4-millionen/von-wien-lernen-wie-sich-preiswertes-wohnen-in-zukunft-organisieren-laesst-31604122](http://www.berliner-zeitung.de/berlin/berlin-4-millionen/von-wien-lernen-wie-sich-preiswertes-wohnen-in-zukunft-organisieren-laesst-31604122).

diglich befristet waren. Ein Drittel aller MieterInnen mit einem neuen Mietvertrag hat damit keine dauerhaft gesicherte Wohnmöglichkeit (Tockner 2017, 11).

Wie in vielen anderen europäischen Großstädten waren auch in Wien in den Jahrzehnten nach dem Krieg die Mieten gedeckelt. Einige Regelungen aus der Zeit gelten noch immer – allerdings wurden diese seit den 1970er Jahren so stark aufgeweicht, dass sie faktisch wirkungslos sind. Mietverträge in Altbauten, die nach dem 1. März 1994 abgeschlossen wurden, orientieren sich am Richtwert, der alle zwei Jahre auf Grundlage des Verbraucherpreisindex neu festgelegt wird. In Wien liegt der Richtwert seit dem 1. April 2019 bei 5,81 €. Zu diesen Werten kann es aber Auf- oder Abschläge geben. Aufschläge kann es für die Ausstattung geben – wenn z.B. ein Aufzug im Haus ist. Auch können VermieterInnen Lagezuschläge verlangen, die sich nach der Lage im Stadtraum richten und am Bodenpreis orientieren. In zentraler Lage können in Wien die Aufschläge pro Quadratmeter im niedrigen zweistelligen Bereich liegen (Vollmer/Kadi 2018, 259).<sup>2</sup> Problematisch ist, dass das System der Aufschläge so undurchschaubar erscheint, dass VermieterInnen oft sehr »locker« damit umgehen. Kein Wunder, denn: Kommt es zum Prozess, müssen sie keine Strafe befürchten, sondern nur die Miete senken. MieterInnen mit befristeten Mietverträgen überlegen es sich zweimal, ob sie gegen ihre/n Vermieter/in klagen. Die Arbeiterkammer Wien kommt daher zu dem Schluss: »Das im aktuellen Mietrechtsgesetz enthaltene Richtwertsystem hat in der Praxis keine taugliche mietenbegrenzende Wirkung« (Kammer für Arbeiter und Ange-

stellte für Wien 2018, 10). Trotz staatlicher Regulierungen bei Altbauten ist die Situation für MieterInnen auf dem privaten Wohnungsmarkt in Wien sehr prekär. Wer nicht das Glück hat, eine Wohnung im kommunalen und gemeinnützigen Segment zu finden, muss oft mit deutlichen Mieterhöhungen und einer extremen Unsicherheit leben. Allein zwischen 2007/2008 und 2015/2016 sind die Bruttomieten bei neu abgeschlossenen Verträgen im privaten Segment um 36% gestiegen (Tockner 2017, 13).

### Neubauoffensive

Aktuell werden in Wien verschiedene Wohnbauprogramme umgesetzt. Insgesamt sollen in Wien bis 2020 jährlich 13.000 Wohnungen neu entstehen, davon 80% gefördert. Den größten Beitrag (55%) daran leistet die Bebauung von Brachland sowie Industrie- und Gewerbeflächen. Acht Prozent der Neubauten werden auf bisher nicht zur Bebauung vorgesehenen Flächen errichtet, 10% durch geänderte Nutzung bestehender Gebäude und 27% durch die Weiterentwicklung des Wohnungsbestandes, z.B. Dachbodenausbau (Reinprecht 2017, 222). Prominentestes Beispiel für ein großes Bauprojekt ist die Seestadt Aspern am östlichen Stadtrand, wo bis 2028

<sup>2</sup> Vgl. zum Betrag eigene Rechnung über den Lagezuschlagrechner der Stadt Wien: <https://bit.ly/2Rek9CU>. Demnach hat sich der mögliche Aufschlag z.B. in der Kramergasse 4-8 von 4,11 € im Jahr 2010 auf 12,21 € 2019 erhöht. In an die Innenstadt angrenzenden Vierteln liegt er bei zufällig von mir ausgewählten Straßen durchgängig bei 3 bis 5 Euro. Eine Karte mit Zuschlägen von 2017 findet sich bei Tockner 2019, 163.



**Heike Sudmann**

**Wie sich die Gesellschaft spaltet**, zeigt sich im Bezirk Mitte sehr deutlich. Waren zum Beispiel St. Georg und St. Pauli vor etlichen Jahren noch "Schmuddelstadteile", stehen sie jetzt ganz oben. Ganz oben vor allem bei denjenigen, die in "**Betongold**" investieren, für die die Wohnungen reine Kapitalanlagen sind. Rasant steigende Mieten und Verdrängung der früheren Bewohner\_innen sind die Folgen, mittlerweile in fast allen Stadtteilen.

**DIE LINKE Hamburg** kämpft gegen den **Mietenwahnsinn**, gegen die Profite mit der Miete. Seit 2011 streite ich in der Bürgerschaft für leistbare Wohnungen, gegen den Ausverkauf und die Privatisierung der Stadt und ihrer Grundstücke, für Verbesserungen in den Stadtteilen. Das mache ich nicht alleine, sondern in Zusammenarbeit mit Betroffenen, Engagierten, Widerständigen und Initiativen vor Ort wie ESSO-Häuser, Schiller-Oper, St. Pauli-Code retten, Feldstraßen-Bunker, Altstadt für Alle, City-Hof, Busbeschleunigung St. Georg, Hansaplatz, Münzviertel, ELISA in Hamm oder Rettet Horn.

**Mein Motto: Lasst uns gemeinsam streiten für eine Stadt, die nicht von Rendite und Ausgrenzung bestimmt wird, sondern von den Menschen, die in den Stadtteilen leben - und wohnen bleiben wollen.**

**Und meine Bitte: Am 23. Februar 2 x 5 Stimmen für **DIE LINKE.****



Wohnraum für 20.000 Menschen entsteht, in einem Mix aus Eigentum, frei finanzierten und geförderten Mietwohnungen (Reinprecht 2017, 226). Neben der Vergabe von Flächen wird die Neubauoffensive auch durch neue Förderprogramme forciert. Einige davon verkürzen die Zeit, in der eine Wohnung dem Markt entzogen ist – wie die *Wiener Wohnbauinitiative*, die beinhaltet, dass nach zehn Jahren neu abgeschlossene Mietverträge nicht mehr preisgebunden sind. Andere zielen auf einen niedrigschwelligeren Zugang zu gefördertem Wohnraum ab. So ist der Eigenanteil<sup>3</sup> für die rund 5.000 fertiggestellten oder im Bau befindlichen Wohnungen des Programms Smart Wohnen auf 60 €/qm gedeckelt – dafür sind die Grundrisse kleiner als bei anderen geförderten Wohnungen.

### Bodenpolitik

Über den 1984 gegründeten *wohnfonds\_wien – Fonds für Wohnbau und Stadterneuerung* hat die Stadt vorausschauend Flächen erworben und verfügt derzeit über mehr als 200 Hektar an Flächenreserven.<sup>4</sup> Die Stadt verkauft Flächen an private InvestorInnen – nimmt allerdings starken Einfluss darauf, was gebaut werden darf: Am 21. März 2019 ist in der Wiener Bauordnung die Widmung »Gebiete für geförderten Wohnbau« in Kraft getreten. Diese sind keine eigenständige Widmungskategorie, sondern kommen innerhalb der bestehenden Baulandwidmungen »Wohngebiet« und »Gemischtes Baugebiet« zur Anwendung – bei allen Gebieten, die neu als Wohngebiete oder Gemischte Baugebiete gewidmet werden und bei denen eine Bruttogrundfläche von mindestens 5.000 qm geplant ist. Zwei Drittel der Fläche sind dabei für geförderten Wohnraum vorgesehen. Für die Wohnungen gilt für die gesamte Förderdauer von 40 Jahren das festgelegte Grundkostenlimit von 188 €/qm Bruttogrundfläche. Sie dürfen in dem Zeitraum nicht gewinnbringend verkauft werden. Im Grundbuch eingetragen ist außerdem, dass die Stadt Wien einem Verkauf zustimmen muss. Die Stadt behält sich vor, Ausnahmen von dieser Regelung zu genehmigen, etwa wenn überproportional hohe Kosten zu erwarten sind oder »besondere stadtstrukturelle Bedingungen vorliegen«.<sup>5</sup> Mit der Veränderung der Bauordnung reagierte die Stadt Wien auf explodierende Bodenpreise, die es außerhalb von Flächen im Besitz der Stadt nicht mehr möglich machten, bezahlbaren Wohnraum neu zu schaffen.

### Fazit: Anregungen für Hamburg

Während Wien weltweit als Vorbild für eine nachhaltige Wohnungspolitik gilt, zeigt ein näherer Blick, dass die Realität für MieterInnen nicht so rosig ist, wie die immer erwähnten Zahlen vom Anteil der preisgebundenen Wohnungen in der Stadt zunächst vermuten lassen. Kritisch sind die hohen Hürden, um an preisgebundenen Wohnraum heranzukommen – die in vielen Fällen diejenigen benachteiligen, die am dringendsten darauf angewiesen wären (vgl. Teil 2 dieser Serie). Die Situation im privaten Wohnungsmarkt ist prekär. Die sinnvollen Ansätze im Mietrecht, wie z.B. Richtwertmieten, sind so stark aufgeweicht, dass das Mietrecht wenig nützt, um Preissteigerungen im privaten Segment zu verhindern. Über 62% aller neu abgeschlossenen Mietverträge auf dem privaten Wohnungsmarkt

schwebt das Damoklesschwert der Befristung. Trotzdem gibt es einiges, was Hamburg von Wien lernen kann. Zum einen zählt dazu die Wohnungsgemeinnützigkeit. Sie lässt sich zwar nur auf der Bundesebene einführen, trotzdem muss eine Debatte darüber lokal geführt werden. Ebenfalls vorbildlich ist die Tatsache, dass infolge der bald hundertjährigen Tradition des kommunalen Wohnbaus in Wien ein großer Teil des Wohnraums dem Markt entzogen ist: 43% aller 902.000 Hauptsitzwohnungen und rund 57% aller Mietwohnungen sind im Besitz der Stadt oder gemeinnütziger Träger. Dadurch, dass die Mieten sowohl im kommunalen als auch im gemeinnützigen Segment reglementiert sind, gilt in Wien faktisch der Grundsatz: Einmal gefördert, immer preisgebunden.

Last but not least kann auch die aktuelle Bodenpolitik der Stadt Wien ein Vorbild für Hamburg sein: Mit der »Widmung geförderter Wohnbau« werden Möglichkeiten eingeschränkt, mit Grund und Boden Rendite zu machen. Im Gegensatz zum Hamburger »Drittelmix« werden GrundbesitzerInnen dazu verpflichtet, fast zwei Drittel des Neubaus für bezahlbaren Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

### Literatur

- Aigner, Anita (2018): Housing entry pathways of refugees in Vienna, a city of social housing. In: *Housing Studies*, S. 1-25. DOI: 10.1080/02673037.2018.1485882.
- Bund deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e.V. (Hrsg.) (2017): *Jahrbuch 2017 mit Sachverständigenverzeichnis*. Berlin.
- Franz, Yvonne; Gruber, Elisabeth (2018): Wohnen »für alle« in Zeiten der Wohnungsmarktkrise? Der soziale Wohnungsbau in Wien zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: *Standort. Zeitschrift für angewandte Geographie* 42 (2), S. 98-104. Online verfügbar unter <https://link.springer.com/article/10.1007%2Fs00548-018-0533-1>.
- Kadi, Justin/Verlič, Mara (Hrsg.) (2019): *Gentrifizierung in Wien*. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Stadt- punkte, 27).
- Katzung, Nicolas (2019): Das System Wien. In: *Immobilien-Zeitung*, 30.5.2019. Online verfügbar unter [www.immobilien-zeitung.de/151450/system-wien?barrier=false](http://www.immobilien-zeitung.de/151450/system-wien?barrier=false).
- Kunnert, Andrea; Baumgartner, Josef (2012): *Instrumente und Wirkungen der österreichischen Wohnungspolitik*. Hrsg. v. Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung. Online verfügbar unter [www.arbeiterkammer.at/infopool/akportal/Wohnungspolitik\\_2012.pdf](http://www.arbeiterkammer.at/infopool/akportal/Wohnungspolitik_2012.pdf).
- Ludwig, Michael (2017): Das Wiener Modell – der soziale Wohnungsbau in Wien. In: *Bund deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e.V. (Hrsg.): Jahrbuch 2017 mit Sachverständigenverzeichnis*. Berlin, S. 22-35. Online verfügbar unter [www.smartertogether.at/wp-content/uploads/2017/09/2017-02-Beitrag\\_Wiener-Wohnbau\\_BDB-Jahrbuch-2017.pdf](http://www.smartertogether.at/wp-content/uploads/2017/09/2017-02-Beitrag_Wiener-Wohnbau_BDB-Jahrbuch-2017.pdf).

<sup>3</sup> Wie in Teil 2 dieser Artikelserie beschrieben, müssen MieterInnen einer geförderten Wohnung einen Eigenanteil an den Baukosten zahlen. Im Durchschnitt liegt dieser in Wien bei 500 €/qm.

<sup>4</sup> [www.smartertogether.at/wp-content/uploads/2017/09/2017-02-Beitrag\\_Wiener-Wohnbau\\_BDB-Jahrbuch-2017.pdf](http://www.smartertogether.at/wp-content/uploads/2017/09/2017-02-Beitrag_Wiener-Wohnbau_BDB-Jahrbuch-2017.pdf); [www.wohnberatung-wien.at/wiener-wohn-ticket/allgemeines/](http://www.wohnberatung-wien.at/wiener-wohn-ticket/allgemeines/).

<sup>5</sup> [www.wien.gv.at/stadtentwicklung/flaechenwidmung/pdf/widmung-grundlagen.pdf](http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/flaechenwidmung/pdf/widmung-grundlagen.pdf)

Mattern, Philipp (2016): Wohnungsversorgung in Berlin und Wien. Bedarfs- und Angebotsentwicklung seit der Jahrtausendwende. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Online verfügbar unter [www.arbeiterkammer.at/infopool/akportal/Mattern\\_Wohnungsversorgung\\_in\\_Berlin\\_und\\_Wien\\_2016.pdf](http://www.arbeiterkammer.at/infopool/akportal/Mattern_Wohnungsversorgung_in_Berlin_und_Wien_2016.pdf).

Reinprecht, Christoph (2017): Kommunale Strategien für bezahlbaren Wohnraum: Das Wiener Modell oder die Entzauberung einer Legende. In: Barbara Schönig/Justin Kadi/Sebastian Schipper (Hrsg.): Wohnraum für Alle? Perspektiven und Planung, Politik und Architektur. Bielefeld: transcript (Urban Studies), S. 213-230.

Reinprecht, Christoph (2019): Wohnen und die Fragmentierung des Sozialen. Gentrifizierung als Symptom gesellschaftlicher Transformation. In: Justin Kadi/Mara Verlič (Hrsg.): Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Stadtunkte, 27), S. 25-34.

Schönig, Barbara/Kadi, Justin/Schipper, Sebastian (Hrsg.)

(2017): Wohnraum für Alle? Perspektiven und Planung, Politik und Architektur. Bielefeld: transcript (Urban Studies).

Tockner, Lukas (2017): Mieten in Österreich und Wien 2008 bis 2016. Hrsg. v. der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Wien. Online verfügbar unter [www.arbeiterkammer.at/infopool/wien/Mieten\\_in\\_Oesterreich\\_und\\_Wien\\_2008\\_bis\\_2016.pdf](http://www.arbeiterkammer.at/infopool/wien/Mieten_in_Oesterreich_und_Wien_2008_bis_2016.pdf).

Tockner, Lukas (2019): Was hat die Wohnbauförderung mit Gentrifizierung zu tun? In: Justin Kadi/Mara Verlič (Hrsg.): Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Stadtunkte, 27), S. 157-165.

Vollmer, Lisa/Kadi, Justin (2018): Wohnungspolitik in der Krise des Neoliberalismus in Berlin und Wien. In: Prokla 48 (2), 247-246. Online verfügbar unter [www.prokla.de/index.php/PROKLA/article/download/83/69/](http://www.prokla.de/index.php/PROKLA/article/download/83/69/). [www.smartertogether.at/wp-content/uploads/2017/09/2017-02-Beitrag\\_Wiener-Wohnbau\\_BDB-Jahrbuch-2017.pdf](http://www.smartertogether.at/wp-content/uploads/2017/09/2017-02-Beitrag_Wiener-Wohnbau_BDB-Jahrbuch-2017.pdf).

## Wem gehört Hamburg? Hamburg gehört allen!

Das Bürgerschafts-Wahlprogramm der Hamburger LINKEN in Kürze



Die Hamburger LINKE hat anlässlich der Bürgerschaftswahl am 23. Februar nach längerer Diskussion im Herbst 2018 ein umfangreiches Programm verabschiedet, das im Netz hier herunterzuladen ist: [www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/wahlkampf2020/Wahlprogramm\\_Bu\\_\\_rgerschaftswahl\\_2020\\_web.pdf](http://www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/wahlkampf2020/Wahlprogramm_Bu__rgerschaftswahl_2020_web.pdf). Aus den 69 Seiten hat der Landesverband eine Kurzversion mit den wichtigsten Punkten und Forderungen extrahiert. Und die nehmen wir nachfolgend auf.

Noch mehr Material und letzte Wahlkampfveranstaltungen (u.a. die Wahlzeitung »Klartext«) gibt es natürlich an den Infoständen und hier: [www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/](http://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/).

### Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Hamburg ist eine tolle Stadt zum Leben, zum Lieben, zum Arbeiten, zum Studieren und auch für Menschen aus aller Welt. Die meisten von Ihnen arbeiten hart und doch sorgen sich

nicht Wenige, ob sie eine bezahlbare Wohnung finden, die Miete morgen noch bezahlen können, der Lohn oder die Rente bis zum Monatsende reichen. Das ist nicht fair, das ist nicht hanseatisch, das muss sich ändern. Dringend!

Am 23. Februar 2020 ist Bürgerschaftswahl. Seit fünf Jahren regieren die Grünen in Hamburg, seit neun Jahren die SPD. Die Mieten sind um 20%, der Anteil der Leiharbeit, von Minijobs ist auf 40% gestiegen. Für uns als LINKE in Hamburg ist es das, was am Wahltag wirklich zählt. Wir sind DIE LINKE. Wir kennen die Angst und die Wut, auch die Mutlosigkeit, wenn es nicht voran zu gehen scheint, die Not droht und die Einsamkeit. Darum sind wir laut, legen den Finger in die Wunde. Und schlagen Lösungen vor. In den Vierteln und in der Bürgerschaft.

### Bezahlbares Wohnen

Ja, da sind wir in unseren Forderungen wirklich radikal: Hamburg braucht einen Mietendeckel, wie Berlin ihn schon hat: Fünf Jahre keine Mieterhöhungen. Runter mit überhöhten Mieten. Hamburg braucht mehr Sozialwohnungen. Kein weiterer Verkauf städtischer Grundstücke an Investoren, große Wohnungskonzerne steuern um oder werden zugunsten Hamburgs enteignet. Das Grundrecht auf Wohnen gehört in unsere Verfassung!

### Konsequent fürs Klima

Unsere Mitglieder sind schon lange dabei, wenn es um Proteste für Klimaschutz und Energiewende geht. Das sind unsere Forderungen: Raus aus der Kohle bis 2025, Abschaltung der Dreckschleudern Moorburg und Wedel, Stärkung der Öko-Energie und des sauberen Verkehrs. Aber, ganz wichtig für uns, bitte nicht auf Kosten der kleinen Leute! Die Kosten sollen mal schön diejenigen tragen, die an Luftverschmutzung und Energieverschwendung bisher bestens verdient haben, vor allem die Energie- und Autokonzerne. Das meinen wir, wenn wir fordern: Klimaschutz muss sozial sein!

DIE LINKE will eine grüne Stadt mit sauberer Luft. Grünerhalt geht vor Beton, Müllvermeidung vor Recycling.

### Preise runter beim HVV

Klar, der öffentliche Nahverkehr kostet. Aber für viele, die darauf angewiesen sind, ist er zu teuer. Das Auto stehen lassen lohnt nicht. Das sind unsere Vorschläge: Senkung der Fahrkartenpreise auf 1 Euro pro Tag im Abo. Wer zur Schule geht, in Ausbildung oder in Rente ist, soll kostenlos fahren. Ausbau des Schienennetzes und die Anbindung neuer Stadtteile. Wir finden einen Schienen-Elbtunnel gut und eine umweltfreundliche Stadtbahn. DIE LINKE will neue Radwege und autofreie Zonen in der City und in den Zentren der Bezirke. Das macht bessere Luft und den Verkehr für alle unfallfreier.

### Über Armut reden – und was dagegen tun!

Ja, in unserer Stadt gibt es Armut. Sie ist sichtbar, oft eben aber auch verborgen.

Wir reden davon, dass man sich nicht leisten kann, was »normal« scheint – für andere: Die Klassenfahrt, der Kinobesuch, ne schicke warme Jacke, das Essen am Monatsende.



Für die, die das Schicksal richtig hart trifft, fordern wir sofortiges und abgestimmtes Handeln unserer Behörden. Wir nennen es das »Sofortprogramm gegen Armut«. Dazu gehören ein Sozialausweis und das Verbot von Strom- und Wassersperren. Und: niemand sollte »arm trotz Arbeit« sein. Leiharbeit ist für uns nicht akzeptabel, der Start in einen sozialen Arbeitsmarkt sehr wohl. Ein richtiger Schritt wäre ein Landesmindestlohn von 14 Euro. Und wir bleiben dabei: Hartz-IV-Sanktionen gehören abgeschafft!

### Gesundheit kaufen? Für uns als LINKE keine gute Idee!

Reiche Stadtteile, arme Stadtteile, auch das ist Hamburg. Wo es Ärzte hinzieht, ist bekannt. Unsere Lösung: städtische Gesundheitszentren in allen Stadtteilen, die ohne lange Wartezeiten Beratung und ärztliche Hilfe anbieten. Das ist machbar. Privatisierung war und ist der falsche Weg, wir gehen ihn nicht mit. Wir wissen, dass die Pflege von Angehörigen überwiegend daheim stattfindet und an den Frauen hängen bleibt. Wir meinen: Respekt dafür, die Frauen sollten aber wenigstens die Wahl haben. Ganz vorn darum auf der Liste bei uns: mehr Personal in Krankenhäusern und Pflege!

### Von Hamburg keine Waffen mehr in alle Welt

Wussten Sie, dass jedes Jahr mehr als 1.000 Container mit Bomben, Gewehren und anderem Kriegsgerät im Hamburger Hafen umgeschlagen werden? Vieles davon landet in Kriegsge-

bieten, wohin Tausende Hamburgerinnen und Hamburger mit Sorge blicken, weil ihre Familien dort noch wohnen. Dutzende Hamburger Firmen sind im Geschäft mit Rüstung und Krieg. Ihnen soll die Stadt, auch im Interesse der Beschäftigten, den Umstieg ins zivile Geschäft ermöglichen. Wer das nicht will, dem werden wir das Leben schwer machen. Wir fordern, den Hamburger Hafen für Waffenexporte zu sperren. An den Hochschulen soll eine Zivilklausel Rüstungsforschung ausschließen. Hamburg hat auch eine Tradition der internationalen Friedensarbeit und Städtepartnerschaften. Das ist unser Weg.

### Alle Kinder werden neugierig geboren

Und dann bestimmen, viel zu oft, der Wohnort, das Geld der Eltern, welchen Schulabschluss die Kinder machen. So sehr sich Lehrerinnen und Lehrer mühen, sie wissen, dass die der Förderung Bedürftigsten schon mal aufgegeben werden. Das tut weh und ist unserer Stadt unwürdig. Dafür brauchen wir Ihre Stimmen: Bildung von der Kita bis zur Hochschule soll gebührenfrei sein. Die Universitäten und Fachhochschulen müssen breit aufgestellt sein und sich nicht nur auf wenige Exzellenzbereiche konzentrieren. Der Einfluss der Konzerne auf Forschung und Bildung ist uns zu stark.

### 100% Demokratie

Unser Hamburg ist durch seine Bürgerschaft das geworden, was es heute ist: Eine freie Stadt. Wir wollen, dass das so bleibt. Bürger haben Rechte. Das Recht auf Sicherheit von Leib und Leben, des Eigentums. Und das Recht, über seine Daten, seine Person, Privatsphäre selbst zu bestimmen. Dafür braucht es eine demokratische Reform der Polizei. Ausbau der Videoüberwachung, Gesichtserkennung und immer neue Datenbanken lehnt DIE LINKE ab. Gerichte müssen gestärkt werden. Der Strafvollzug gehört umgebaut, mit einem Schwerpunkt auf Prävention und Resozialisierung. DIE LINKE will die Bezirke stärken und Volksentscheiden mehr Gewicht verleihen.

### Das Richtige tun gegen Diskriminierung

Gleiche Rechte für alle: Für DIE LINKE ist das keine Floskel. Wir decken auf, wo es mit der Gleichberechtigung von Frauen in Hamburg noch hakt. Wir zeigen auf, wo unsere Stadt noch nicht barrierefrei ist. Hamburgs Menschen sind hilfsbereit und doch als Einzelne überfordert angesichts der vielen Menschen in Not, seien es Obdachlose oder Flüchtlinge, Einsame oder Kranke. Abhilfe kann nur die Stadt schaffen, mit Null Toleranz gegenüber Diskriminierung und deutlich besseren Rahmenbedingungen für Initiativen, Vereine und Verbände, die sozial engagiert sind. DIE LINKE will gleiche Rechte für queere Menschen. Und denen, die all das bekämpfen – AfD, Nazis und andere Rechtsradikale – wollen wir gemeinsam die Rote Karte zeigen.

### Basiskultur statt Eventkultur

Wer will, darf auf die Elbphilharmonie stolz sein. Für viele ist ein Musicalbesuch ein Höhepunkt im harten Alltag. Wir erheben uns nicht darüber. Wir erlauben uns aber, darauf den Fin-



ger zu legen, dass wir zu wenig kleine Bühnen und Theater, unkommerzielle Ausstellungsräume, Musikclubs, Stadtteilkultur haben. Dass die, die da sind, immer ums Überleben kämpfen müssen. Ähnliches gilt für den Sport: Anstatt viel Geld in große Events à la Olympia zu stecken, sollte die Stadt lieber die Bedingungen für den Breitensport verbessern – damit alle etwas davon haben.

### Für eine gerechte Finanz- und Wirtschaftspolitik

Die Zeiten, als nur die LINKE der Meinung war, dass die kapitalistische Profitwirtschaft zu Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung führt, sind lange vorbei. Das ist gut so! Wir müssen vorankommen auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Wirtschaft, wir können hier in Hamburg was dazu tun. Investieren zum Beispiel in Bildung und Infrastruktur. Nur politische Dummköpfe halten heute noch an der Schuldenbremse fest. Nur Spekulanten und deren politische Vertreter sind gegen eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Öffentliche Unternehmen gehören gefördert, Privatisierungen gestoppt. Die Steuerverwaltung will DIE LINKE ausbauen, auch um Steuerbetrug besser bekämpfen zu können. Und keine Bankenrettung mehr auf Kosten der Steuerkasse!

Wir, Hamburgs LINKE, sind klar, streitbar und kämpferisch eingestellt. Streiten Sie mit uns, kämpfen Sie mit uns für unser Hamburg, für Ihre, für unsere gemeinsamen Interessen. Es lohnt sich. Sie haben die Wahl am 23. Februar 2020.

## Kulturipp: 40 Jahre Widerstand mit Chorgesang



Auftritt am 1. Mai 2019, Eimsbüttel (Foto/Plakat: www.chgg.de)

Die älteste politische Gesangsgruppe ist sicherlich der Chor Hamburger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Vielen, sehr vielen LeserInnen des »BürgerInnenbriefes« dürfte er bekannt sein, von dieser oder jener Veranstaltung und insbesondere vom alljährlichen Mai-Umzug des DGB: Irrendwo steht das starke Ensemble am Straßenrand und erfreut die vorbeiziehenden DemonstrantInnen.

Das Selbstverständnis des Chores wird auf dessen Website [www.chgg.de](http://www.chgg.de) wie folgt beschrieben: »Der Chor Hamburger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter e.V. ist ein politisch links orientierter, gemischter Chor mit zurzeit ca. 50 Mitgliedern. Gegründet 1979, um Lieder aus der Tradition der Arbeiterbewegung neu zu beleben, gibt es inzwischen kaum ein Thema des aktuellen politischen Zeitgeschehens, zu dem der Chor nicht Stellung bezieht. Das spiegelt sich wider in unserem umfangreichen Repertoire, u.a. zu den Themen Frieden, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Antifaschismus. Dabei ist es unser Anspruch, die musikalische Erarbeitung der Stücke mit ihrer inhaltlichen Diskussion zu verbinden. Dort, wo sich Leute politisch auseinandersetzen, treten wir gern auf.«

Hervorgegangen ist dieser Chor aus einer Initiative des Hamburger Kreisjugendausschusses, 24 StudentInnen und Berufstätige machten am 25. September 1979 den Anfang. Die Anfänge waren »eher bescheiden«, wie Monika Abraham

in einem lesenswerten zweiseitigen Bericht ausführte. »Viele von uns hatten keine Chorerfahrung, Notenlesen und mehrstimmiges Singen waren Neuland.« 1986 folgte das erste eigene Programm mit Heine-Texten. Längst hat der Chor eine professionelle Leitung, das ist seit einiger Zeit Natalie Kopp. Mit ihr hat der Chor Hamburger Gewerkschafter\*innen nun zum 40jährigen Bestehen eine Jubiläumsdarbietung einstudiert.

Das Konzert findet am Samstag, den 21. März, um 19.00 Uhr (Einlass an 18.30 Uhr) im Miralles Saal der Jugendmusikschule Hamburg (Mittelweg 42) statt. Die Veranstaltung trägt den Titel »40 Jahre Widerstand mit Chorgesang« und unterstreicht damit auch im 41. Jahr den Anspruch, den Ursprüngen und der eigenen Geschichte treu zu bleiben, nämlich immer dort in Erscheinung zu treten, wo Menschen für sozialen Fortschritt und Frieden und selbstverständlich gegen die alten und neuen Rechten aktiv werden. Der Eintritt beträgt 10,- Euro, ermäßigt 7,- Euro, Vorbestellungen können im Netz unter [kartenvorverkauf@chgg.de](mailto:kartenvorverkauf@chgg.de) getätigt werden.

Seitens des »BürgerInnenbriefes« bedanken wir uns beim Chor Hamburger Gewerkschafter\*innen für 40 Jahre aufrechten Gang, viele kulturelle Beiträge und oftmalige Ermunterung für den nicht immer einfachen Kampf um die Verbesserung der Welt! Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) oder [christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de](mailto:christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.